

Gesundheitsförderung und Prävention – psychische Gesundheit umfassend stärken

Worum geht es?

Psychischen Erkrankungen vorbeugen, „Mental Health“ fördern – Prävention ist von herausragender Bedeutung. Die Aufgaben reichen von aufsuchender Beratung in Schulen über gesundheitlichen Hitzeschutz bis zur weiteren Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen. Sie erfordern einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz: Mental Health in and for All Policies.

Was ist das Ziel?

Wir entwickeln eine Public Health Strategie und stärken so die psychische Gesundheit der Bevölkerung konsequent in allen Lebens- und Politikbereichen. Dafür setzen wir auf Gesundheitsförderung, zum Beispiel durch Aufklärungskampagnen, auf Präventionsangebote für psychisch belastete Menschen und auf schnelle Versorgung.

Was ist jetzt zu tun?

- a) Erarbeitung und Umsetzung einer Public Health Strategie in Kooperation von Bund, Ländern, Kommunen und relevanten Akteur*innen. Diese Strategie folgt einem „Mental Health in and for All Policies“-Ansatz mit Zielen und Maßnahmen.
- b) Etablierung einer Public-Health-Plattform beim Bundesministerium für Gesundheit.
- c) Ausbau von Präventionsgruppenangeboten für Menschen mit psychischen Belastungen; Ergänzung in § 20 SGB V.
- d) Kompetenzen verschiedener Berufsgruppen bei der Prävention nutzen, Psychotherapeut*innen erhalten die Befugnis, Präventionsempfehlungen auszustellen; Änderung in §§ 25 und 26 SGB V.

Begründung:

Zu a) Psychische Belastungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen steigen. Um ein psychisch gesundes Aufwachsen und Leben zu fördern, sind Risiken zu verringern. Eine psychische Erkrankung im Kindesalter beeinflusst, ob man gut lernen kann, und damit mittelfristig auch, welcher Schulabschluss erreicht und welcher Beruf ergriffen werden kann. Die Förderung der psychischen Gesundheit stärkt auch die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland, da psychische Erkrankungen oft zu langer Arbeitsunfähigkeit führen und häufigste Ursache für Erwerbsminderung sind.

Zu b) Eine Plattform dient der Beratung der Bundesregierung für die Public-Health-Strategie und gemeinsame Umsetzung unter Einbezug relevanter Akteur*innen.

Zu c) Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie gab es bspw. in Bayern und NRW präventive psychotherapeutische Gruppenangebote für Kinder und Jugendliche. Diese konnten gezielt die psychische Gesundheit und Resilienz stärken. Solche Gruppenangebote sollten bundesweit als Angebot für Versicherte etabliert werden, um der Entstehung von psychischen Erkrankungen entgegenzuwirken – auch für andere Risikogruppen.

Zu d) Im Gesundheitswesen müssen Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention zugänglicher werden. Vielen Menschen fehlt das Wissen über wirksame Präventionsangebote, bei manchen ist die Motivation zur Teilnahme gering. Daher sollten mehr Berufsgruppen im Gesundheitswesen beteiligt werden, über wirksame Angebote zu informieren und zur Teilnahme zu motivieren. Dazu sollten auch Psychotherapeut*innen die Befugnis erhalten, Präventionsempfehlungen ausstellen zu können – beispielsweise zur Raucherentwöhnung oder Stressbewältigung.